

Anmerkungen:

¹ Vgl. Nitschke, C.: *Berufliche Umweltbildung — Umweltgerechte Berufspraxis, Grundlagen für eine theoretische Konzeption, Berichte zur beruflichen Bildung*, 126. BIBB Berlin/Bonn 1991, S. 34f.

² Lempert, W: *Leistungsprinzip und Emanzipation — Studien zur Realität, Reform und Erforschung des beruflichen Bildungswesens, Frankfurt 1971*, S. 200

³ Vgl. Seifried, D: *Gute Argumente: Energie*. 2. Auflage, München 1988, S. 44f.

⁴ Vgl. ebenda, S. 70f.

⁵ Die regelmäßige Wartung von Heizungsanlagen durch die dafür zuständigen SHK-Handwerke wurde einen Qualitätstest mit „verheerendem Ergebnis“ unterzogen: Von 56 Testwartungen verdienten nur 16 die Note gut, 18 ein zufriedenstellend und 22 die Note mangelhaft. Im einzelnen erlebten die Testkunden geschönte Meßwerte, Einstellungsfehler, das Übersehen von auch gefährlichen Störungen und anderes mehr. Vgl. dazu Zeitschrift *Energiegeschichte*, Nr. 4. Dezember 1991, S. 24

⁶ *Ausbildungsrahmenplan vom 9. 3. 1991*, Seite 393 ff.

⁷ Ein Beispiel sind die im Bremer Schulmodellversuch „*Experimental- und handlungsorientierte Lernformen im berufsbezogenen Unterricht versorgungstechnischer Ausbildungsberufe*“ entwickelten Unterrichtseinheiten.

⁸ *Die Formen des Lernens an Realobjekten und die pädagogische Betreuung der Erkundungen von Realobjekten — die ja der passiven Besichtigung in jedem Fall vorzuziehen wäre — stehen im Mittelpunkt eines beantragten Modellversuchs „Berufliche Umweltbildung für Metall- und Elektroberufe anhand von Realprojekten unter Einbeziehung regenerativer Energiequellen“ des Trägers „Atlantis“ in Berlin.*

⁹ Vgl. Schmidt, H: *Lernen durch Arbeit*. In: *BWP* 20 (1991) 6, S. 1

¹⁰ Vgl. zu dem Berufsbild des Kundendienstmonteurs den „*Abschlußbericht und Materialien des Modellversuchs Rationelle Heizungstechnik für arbeitslose Gesellen und Facharbeiter*“, Stiftung berufliche Bildung. Hamburg April 1991 (dort erhältlich), S. 25f.

¹¹ Vgl. Ortsjugendausschuß der IGM, Hamburg. *Dokumentation zur Umweltrallye, IGM, Verwaltungsstelle Hamburg*. Erste Auflage, September 1991. Vgl. auch die hilfreiche Materialsammlung „*Wir machen Umweltschutz im Betrieb — Untertitel: Arbeitshilfe für den Ausbildungsinhalt Umweltschutz in den neuen Berufen*“. Hrsg. IGM-Vorstand, Frankfurt, April 1991

¹² Vgl. hierzu: „*Stiftung berufliche Bildung. Abschlußbericht und Materialien*“ a. a. O.

¹³ Vgl. hierzu das Referat, das Ulrich Reinhardt auf einem Workshop zum Thema „*Umweltqualifikation in versorgungstechnischen bzw. Installations-Berufen*“ am 21. 11. 1990 im BIBB-Berlin gehalten hat.

¹⁴ Selka, R. u. a.: *Leittexte — ein Weg zu selbständigem Lernen, Seminarkonzepte zur Ausbilderförderung*. Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin und Bonn 1987

¹⁵ Vgl. Koch, J. und Meerten, E. „*Einsatzmöglichkeiten von Leittexten in der Handwerksausbildung*“. In *Stratenwerth, W. (Hrsg.): Auftragsorientiertes Lernen im Handwerk, Band 2: Basismaterialien*, Köln 1991. Sie unterscheiden ebenfalls zwischen Erkundungsleittexten, mit deren Hilfe sich die Auszubildenden die Arbeitswelt erschließen sollen, ohne jedoch selbst arbeitsbezogen tätig zu werden, und Auftragsstypenleittexten, die selbständiges Arbeiten anleiten.

Lehrerbildung für berufliche Schulen

Bernhard Bonz

Prof. Dr., Lehrstuhl für Berufspädagogik, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Berufs- und Wirtschaftspädagogik der Universität Hohenheim



Berufliche Schulen tragen im Dualen System erheblich zum Ausbildungserfolg bei. Die Effizienz der Berufsausbildung ist deshalb von der Qualität der Lehrerbildung abhängig.

Im folgenden Beitrag wird auf Stellungnahmen und Forderungen hingewiesen, die eine am Leitbild des professionellen Lehrers orientierte Ausbildung gewährleisten sollen. Im Hinblick auf die Neugestaltung oder Umstrukturierung von Studiengängen in den neuen Bundesländern erhalten diese Grundsätze besondere Relevanz.

Lehrerbildung und duales System der Berufsausbildung

Im Dualen System der Berufsausbildung tragen die beruflichen Schulen erheblich zum Ausbildungserfolg bei. Wenngleich der zeitliche Anteil des schulischen Partners geringer ist als jener der betrieblichen Seite, so gründet doch — vor allem im fachtheoretischen Bereich — eine erfolgreiche Berufsausbildung auf den Unterrichtsveranstaltungen der beruflichen Schulen. Im Rahmen der Berufsausbildung sind vor allem die Teilzeitberufsschulen betroffen. Der Unterrichtserfolg in beruflichen Schulen hängt aber wie bei jedem Schulunterricht von der Qualifikation der Lehrer ab, denn diese müssen die Lernprozesse zielgerichtet organisieren und anregen.

Obwohl die Lehrerausbildung und -vorbildung einen entscheidenden Faktor für die Effizienz des Dualen Systems der Berufsausbildung darstellen, wurde die Frage der Lehrerbildung für berufliche Schulen kaum unter dem Aspekt der dualen Berufsausbildung aufgegriffen. In der Denkschrift der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) von 1990 vermerkt die Senatskommission für Berufsbildungsforschung dementsprechend: Die „Vernachlässigung der Berufsbildung und der Koordination von betrieblichen und schulischen Aktivitäten“ überrascht, da das Duale System der beruflichen Erstausbildung über Deutschland hinaus anerkannt ist. „Ein markantes Beispiel“ für die Vernachlässigung der Berufsbildung „bilden die ungelösten qualitativen und seit einigen Jahren vor allem die quantitativen Probleme der Berufsschullehrerausbildung, die in Kombination mit der Ausbildung der betrieblichen Ausbilder eine zentrale Stütze des Berufsbildungssystems darstellt“. Der Mangel an Lehrern für berufliche Schulen und die damit zusammenhängende Beeinträchtigung der Berufsbildung „findet aber in der Öffentlichkeit nicht die Aufmerksamkeit, die sie im Hinblick auf ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung sowie ihre Relevanz für die betroffenen Auszubildenden verdient“.¹

Die Diskussion wurde erst über den Kreis der Lehrer an beruflichen Schulen und ihren Verbandsvertretern, den Wissenschaftlern der Berufs- und Wirtschaftspädagogik sowie anderen an der Lehrerbildung Beteiligten hinausgetragen, als Lehrermangel zur erheblichen Einschränkung des Unterrichts führte. Doch nur der Unterrichtsausfall und damit das **quantitative** Problem der Lehrerbildung fand in solchem Maß Beachtung, daß Überlegungen zur Abhilfe angestellt wurden. Dies wird daran deutlich, daß die Maßnahmen der Schulbehörden kaum zur Verbesserung der Lehrerbildung und zur Attraktivitätssteigerung entsprechender Studiengänge dienten; die Bemühungen waren vor allem

darauf gerichtet, „Fachleute“² anzuwerben und einzustellen.

Zu diesen „Fachleuten“ gehören Diplomingenieure beispielsweise der Fachrichtung Elektrotechnik, von denen die Schuladministration annimmt, daß sie befähigt sind, Unterricht in Berufsschulklassen für Elektrotechnik zu geben. Analog zu den Diplomingenieuren werden für Wirtschaftsschulen Diplom-Kaufleute, Diplom-Volkswirte und Diplom-Ökonomen **direkt** in den Vorbereitungsdienst übernommen oder angestellt (sog. Direkteinsteiger). Die Gewinnung von Fachleuten ohne Lehrerausbildung und deren Einarbeitung in die Lehrertätigkeit ist eine Notmaßnahme, durch die — nicht nur kurz nach dem 2. Weltkrieg, sondern erneut seit einigen Jahren — der Lehrer-Einstellungsbedarf in wichtigen Berufsfeldern zu einem erheblichen Teil gedeckt wird.

Für die duale Berufsausbildung hat dies ambivalente Auswirkungen: Einerseits stehen „Fachleute“ den betrieblichen Aufgaben und Zielsetzungen besonders nahe, was zumindest von Seiten der Wirtschaft nicht als Nachteil angesehen wird, andererseits beeinträchtigt die fehlende pädagogische Kompetenz der „Fachleute“ sowohl die betriebliche Ausbildung ergänzenden Erziehungsaufgaben als auch die im Zuge der Neuordnung von Ausbildungsberufen erforderliche Betonung von allgemeinen und fachübergreifenden Lernzielen³ bzw. von Schlüsselqualifikationen, die nicht unter fachwissenschaftlichen Kriterien abgeleitet werden können.

Die Auswirkungen der Neuordnung von Ausbildungsberufen auf die berufliche Schule erreichten nicht die Ebene der Lehr-Lern-Prozesse, weshalb CZYCHOLL fragt, ob die Berufsschule „im methodischen Abseits“ steht.⁴ Im Zusammenhang mit der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen⁵ wurde zwar die pädagogische Kompetenz des betrieblichen Ausbildungspersonals problematisiert⁶ und die Qualifizierung der Ausbilder

intensiviert⁷, nicht aber eine „Neuorganisation der Berufsschule“ in Angriff genommen und eine Reform des Lehrerstudiums eingeleitet, die aufgrund der neuen Leitziele beruflicher Ausbildung im Dualen System erforderlich ist.⁸ Deshalb bleibt „das Nadelöhr für eine Qualitätsverbesserung der Ausbildung im Dualen System die didaktisch-methodische Kompetenz der Berufsschullehrer und der Ausbilder“.⁹

Das Duale System der Berufsausbildung ist darauf angewiesen, daß Lehrer ihre unterrichtliche Tätigkeit im schulischen Ausbildungsbereich als kompensatorische und komplementäre Komponente bezüglich des betrieblichen Ausbildungsanteils auffassen und im Hinblick auf den gemeinsamen einheitlichen Bildungsaspekt in der beruflichen Ausbildung reflektieren. Deshalb muß die Ausbildung bzw. das Studium der Lehrer auch die veränderten Anforderungen aufgrund der Neuordnung berücksichtigen. Innovationen im Dualen System sind auf qualifizierte Lehrer angewiesen, die entsprechende didaktische Entscheidungen treffen können. Deshalb müssen im Studium die Anteile der Erziehungswissenschaften ausgeweitet und intensiviert werden, denn pädagogische Kompetenz erhält im Rahmen der Berufsbildung den Rang einer Schlüsselqualifikation. KUTSCHA weist hier mit Recht auf die Disparität zwischen höheren Qualifikationsanforderungen an Lehrer und der vermehrt praktizierten Einstellung von Fachleuten ohne pädagogische Vorbildung in den Schuldienst hin.¹⁰

Zusammenfassend: Sowohl zur Stützung des Dualen Systems der Berufsausbildung als auch zur Fundierung von Bildungsgängen in beruflichen Schulen muß der Nachwuchs an qualifizierten Bewerbern für das Lehramt an beruflichen Schulen sichergestellt werden. „Qualifiziert“ bezieht sich auf eine **professionelle** Lehrertätigkeit in beruflichen Schulen. Diese Qualifizierung setzt ein Studium, das an den zentralen Aufgaben der Lehrer an beruflichen Schulen orientiert ist, voraus.

Leitbilder für die Ausbildung von Lehrern an beruflichen Schulen

Ausbildung und Vorbildung der Lehrer an beruflichen Schulen orientieren sich an Leitbildern, die aufgrund der Anforderungen des Tätigkeitsfelds aufgestellt wurden oder auf die Ausbildungswege der erfolgreich tätigen Lehrer rekurrieren. Im Gegensatz zum Leitbild des „Fachmanns“ und dem Leitbild des „Pädagogen“¹¹ erfordert das Leitbild eines professionellen Lehrers für berufliche Schulen einen integrierten Erwerb fachwissenschaftlich-beruflicher Kompetenz zusammen mit der pädagogisch-didaktischen Kompetenz.

An diesem **Leitbild des professionellen Lehrers** orientiert sich die Auffassung der Berufs- und Wirtschaftspädagogen. KUTSCHA kennzeichnet sie folgendermaßen: „Die zentrale Aufgabe des Lehrers an beruflichen Schulen besteht darin, Schüler und Schülerinnen zu befähigen, komplexe berufliche Situationen zu bewältigen“. Die für seine „berufliche Laufbahn erforderliche Kompetenz gewinnt der künftige Lehrer an beruflichen Schulen nicht allein durch das fachwissenschaftliche Studium und durch die fachdidaktische Durchdringung einer oder mehrerer Bezugsdisziplinen, sondern aus der berufspädagogisch reflektierten Analyse und Deutung beruflicher Handlungsfelder. Die Qualität des berufs- und wirtschaftspädagogischen Studiums ist mithin der entscheidende Prüfstein für das Maß an Professionalisierung, die durch die wissenschaftliche Ausbildung von Lehrern an beruflichen Schulen angestrebt und realisiert wird.“¹²

Somit gilt als Maxime für die Gestaltung der Lehrerbildung für berufliche Schulen die Verschränkung fachwissenschaftlicher und beruflicher Inhalte mit den pädagogischen Aspekten. Dann bekommt in diesen Studiengängen die Berufs- und Wirtschaftspädagogik den Rang eines „profilbestimmenden Integrationsfachs“.¹³

Stellungnahmen zur Lehrerbildung für berufliche Schulen

Die oben herausgestellte Auffassung zu Ausbildung und Studium von Lehrern für berufliche Schulen wurde seit langem von Wissenschaftlern vertreten und bildete die Basis von Stellungnahmen und Empfehlungen. So forderte bereits 1970 der **Deutsche Bildungsrat**, es „müssen in der Ausbildung aller Lehrer Elemente der Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften, der Fachwissenschaften und der Fachdidaktik, der praktischen Erfahrung und Erprobung sowie ihrer kritischen Auswertung als Teile eines Ganzen integriert sein“.¹⁴

Ein umfassendes Konzept zum Studium legte die Sektion Berufs- und Wirtschaftspädagogik der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) 1981 vor: „Empfehlungen zur Neuordnung der Ausbildung von Lehrern für das berufliche Schul- und Ausbildungswesen“. Dieses Konzept umfaßt sechs Studienrichtungen. Ein gemeinsamer Block der Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften wurde kombiniert mit verschiedenen beruflichen Fachrichtungen sowie zum Hauptfach hochaffinen, affinen oder nichtaffinen zweiten Fächern oder praxisorientierten bzw. an außerschulischen Tätigkeitsfeldern orientierten Spezialisierungen (s. Abbildung).

Abbildung : Konzeption der Sektion Berufs- und Wirtschaftspädagogik für die Studienrichtungen

Studienrichtung	Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften	Berufliche Fachrichtung	Spezialisierung
Studienrichtung I	40 Semesterwochenstunden	80 Semesterwochenstunden Berufliche Fachrichtung allgemein	40 Semesterwochenstunden Berufliche Fachrichtung speziell
Studienrichtung II	40 Semesterwochenstunden	80 Semesterwochenstunden Berufliche Fachrichtung allgemein	40 Semesterwochenstunden Berufliche Fachrichtung praxisorientiert
Studienrichtung III	40 Semesterwochenstunden	80 Semesterwochenstunden Berufliche Fachrichtung	40 bis 60 Semesterwochenstunden Wahlfach (affin)
Studienrichtung IV	40 Semesterwochenstunden	80 Semesterwochenstunden Berufliche Fachrichtung	40 bis 60 Semesterwochenstunden Besondere schulische/ außerschulische Tätigkeitsfelder
Studienrichtung V	40 Semesterwochenstunden	80 Semesterwochenstunden Berufliche Fachrichtung	60 bis 80 Semesterwochenstunden Berufliche Fachrichtung
Studienrichtung VI	40 Semesterwochenstunden	80 Semesterwochenstunden Berufliche Fachrichtung	60 bis 80 Semesterwochenstunden Wahlfach (nicht affin)

Die Notwendigkeit einer Befähigung für Unterricht in einem zweiten Fach wird gefordert im Hinblick auf Schulfächer an beruflichen Schulen. Das zweite Fach wird dann als hochaffin bezeichnet, wenn sich seine Lehrinhalte zu einem großen Teil mit jenen überdecken, die Studienbestandteil des Hauptfaches sind. Dementsprechend gilt z. B. Kfz-Technik als hochaffin zur beruflichen Fachrichtung Metalltechnik. **Affine** Fächer kennzeichnet ein kleineres Ausmaß der Überdeckung; angesichts erheblicher mathematischer Studienanteile in der beruflichen Fachrichtung Elektrotechnik wird z. B. das Fach Mathematik zu dieser Fachrichtung als affin eingestuft. Ein schulbezogenes Fach wie Sport oder Geschichte/Politische Wissenschaft muß bezüglich der genannten beruflichen Fachrichtungen als **nichtaffin** gelten.

Der zunehmende Lehrermangel führte gegen Ende der 80er Jahre dazu, daß sich die Kultusministerkonferenz mit der „Sicherung des Nachwuchses an Lehrern und Lehrerinnen an beruflichen Schulen“ befaßte und besondere Maßnahmen empfahl.¹⁵ Diese Maßnahmen konnten allerdings keine dauerhafte Lösung erwarten lassen. Im Gegenteil: „Der vereinbarte Maßnahmenkatalog zielt schwerpunktmäßig auf kurzfristig und allenfalls quantitativ wirksame Übergangsmaßnahmen ab. Dadurch werden die schwierigen Probleme der langfristigen und kontinuierlichen Versorgung des beruflichen Schulwesens mit pädagogisch und fachlich gut ausgebildeten Lehrern/Lehrerinnen auf Dauer eher verschärft als gelöst.“¹⁶

Dies nahm die Kommission Berufs- und Wirtschaftspädagogik zum Anlaß, Mindestanforderungen für das Studium für Lehrer/Lehrerinnen an beruflichen Schulen zu formulieren¹⁷ „um die Professionalität und wissenschaftliche Verantwortbarkeit der Ausbildung eines Berufsstandes, von dem die Gesellschaft einen maßgeblichen Beitrag zur beruflichen Bildung der nachwachsenden Generation erwartet“, zu sichern.¹⁸ Die

„Stellungnahme zum Studium für Lehrer/Lehrerinnen an beruflichen Schulen“¹⁹ wurde am 21. März 1990 von der Kommission Berufs- und Wirtschaftspädagogik und am 13. August 1990 vom Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft beschlossen. Demnach sollten folgende Grundsätze für alle beruflichen Fachrichtungen gelten:

Die Entwicklung des Dualen Systems der Berufsausbildung in den alten und den neuen Bundesländern...

„1. Die wissenschaftliche Ausbildung von Lehrern/Lehrerinnen an beruflichen Schulen ist grundständig zu organisieren, das heißt: alle Fächer sind im Grund- und Hauptstudium anzubieten. Dies schließt die berufs- und wirtschaftspädagogischen sowie fachdidaktischen Studienangebote ein, weil nur so die wissenschaftliche Qualifikation für berufliche Lehr-/Lernprozesse entwickelt werden kann.

Aufbau-, Ergänzungs-, oder Zusatzstudiengänge, die in anderen Organisationsformen die gleichen Standards sichern, sind nur in definierten Ausnahmen vorzusehen.

2. Da die Studiengänge mit dem Ziel der Staatsprüfung für das Lehramt an beruflichen Schulen unter den Druck der allgemeinen Staatsprüfung geraten sind und damit die für die beruflichen Schulen nötige Differenzierung gefährdet ist, sind sämtliche Studiengänge für Lehrer an beruflichen Schulen als Diplomstudiengänge anzubieten. Die Studienangebote sind zu gliedern in

- a) Berufs- und Wirtschaftspädagogik
- b) Berufliche Fachrichtung/Fachwissenschaft
- c) Wahlpflichtbereich.

Es sollte ein möglichst breites Fächerspektrum zugelassen werden, wobei die Spezialisierung auf eine jeweilige berufliche Fachrichtung durch Fächerkombinationen ergänzt

werden kann, die über diese spezielle Fachrichtung hinausgehen.

3. Diplom-Studiengänge für Lehrer/Lehrerinnen an beruflichen Schulen gliedern sich in ein Grund- und Hauptstudium. Beide Teile werden durch Prüfungen abgeschlossen (Diplomvorprüfung, Diplomhauptprüfung). Das Thema der Diplomarbeit wird in der Regel dem Gebiet der Berufs- und Wirtschaftspädagogik entnommen.

4. Für Fachrichtungen bzw. Fächer an beruflichen Schulen, für die entsprechende Fachwissenschaften an Hochschulen eines Bundeslandes nicht vorhanden sind, ist von der Kultusministerkonferenz unter Mitwirkung der Universitäten ein bundesweites Konzept zu entwickeln.

5. Zur langfristigen Sicherstellung der Lehrerversorgung ist es erforderlich, Institute/Seminare für Berufs- und Wirtschaftspädagogik einzurichten bzw. auszubauen, die ein hinreichendes Lehrangebot ermöglichen sowie eine entsprechende Forschung gestatten.“²⁰

Eine gemeinsame Tagung von Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirates Berufspädagogik beim Ministerium für Bildung und Wissenschaft der DDR und dem Vorstand der Kommission Berufs- und Wirtschaftspädagogik der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft am 26. Juni 1990 in Berlin führte zu einer Stellungnahme, in der die Grundpositionen zur Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen für berufliche Schulen in Deutschland — damals in der Bundesrepublik und in der DDR — niedergelegt wurden.²¹ Auf der Basis dieser Stellungnahme wurde im Rahmen der „Hochschultage Berufliche Bildung '90“ in Magdeburg am 3. Oktober 1990, dem Tag der deutschen Einheit, das Forum „Studium der Lehrer und Lehrerinnen an beruflichen Schulen“ abgehalten.²² (Diese Thematik wird an den „Hochschultagen Berufliche Bildung“ regelmäßig im Rahmen des Workshops „Qualifizierung von Berufspädagogen“ auch unter Berücksichtigung des betriebli-

chen Bildungspersonals diskutiert.²³) Das Forum bekräftigte nicht nur die Übereinstimmung der Wissenschaftler aus den alten und neuen Bundesländern, die bereits in der Stellungnahme von Berlin zum Ausdruck kam, sondern brachte darüber hinaus auch die Zustimmung der Lehrerverbände zu den vorgelegten Grundsätzen und Mindeststandards für das Studium der Lehrer und Lehrerinnen an beruflichen Schulen.²⁴

Die Situation im vereinten Deutschland

Durch die deutsche Vereinigung kamen im Bereich der Berufsbildung inhaltlich und strukturell verschiedene Konzepte zusammen. In der DDR hatte ein einheitliches System der Berufsausbildung bestanden, in dem betriebliche und schulische Anteile enthalten waren. Grundsätzliche und strukturelle Unterschiede zwischen den Bezirken gab es im Bereich der Berufsbildung nicht; hinsichtlich der Lernorte Schule und Betrieb bestand kein Dualismus.

Anders gestaltet war hingegen die Struktur der Berufsbildung in den alten Ländern. Sie war insoweit dualistisch, als — im Gegensatz zur bundeseinheitlichen Ordnung der Berufsausbildung für die Betriebe — im Kulturbereich nur ein gemeinsames Mindestmaß der KMK-Vereinbarungen bestand. Der föderalistische Staatsaufbau, der den Ländern Kulturhoheit garantiert, erfordert eine komplizierte Abstimmung zwischen den Ländern in der Ständigen Konferenz der Kultusminister (KMK), die z. B. eine Untergrenze von acht Semesterwochenstunden Erziehungswissenschaften im Studium der Lehrer für berufliche Schulen für die Anerkennung von Lehramtsprüfungen festlegte.²⁵ Solche Vereinbarungen können jedoch zu keiner Vereinheitlichung hinsichtlich der Leitbilder einer Ausbildung führen.

Im Gegensatz zu der Unterschiedlichkeit der Studiengänge in den alten Bundesländern be-

stand in der DDR ein einheitliches Studium für zwölf Fachrichtungen bzw. Berufsrichtungen mit Diplomprüfung.²⁶ Von der Struktur her bestand kein Widerspruch zu den Vorstellungen des Deutschen Bildungsrats; auch die schulpraktische Einführung war integriert.²⁷ Hingegen bestand zwischen der einphasigen Ausbildung in der DDR und dem zweiphasigen System in den Ländern der alten Bundesrepublik ein entscheidender struktureller Unterschied.

... ist auf professionelle Lehrer an beruflichen Schulen angewiesen

Nach der Vereinigung sollte sich eine Umstrukturierung oder ein Neuaufbau von Studiengängen in den neuen Bundesländern an den genannten Grundpositionen und Mindeststandards (Abschnitt 3) orientieren. Doch die Forderungen der Wissenschaftler wurden nicht umgesetzt. Die Situation der Lehrerbildung für berufliche Schulen blieb unklar.

Auf Initiative des Vorstands der Kommission Berufs- und Wirtschaftspädagogik der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft und mit finanzieller Unterstützung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft hielten Vertreter der universitären Berufs- und Wirtschaftspädagogik aus den alten und neuen Bundesländern eine **2. Informations- und Koordinationskonferenz am 17. und 18. Februar 1992 in Leipzig** ab. Auch Vertreter von Ministerien, Studienseminaren und Verbänden nahmen teil.

Ziel dieser Konferenz war u. a. die Situation der Lehrerbildung für berufliche Schulen in den neuen Bundesländern zu analysieren. Dementsprechend standen an erster Stelle die Kurzberichte von den einzelnen Studienorten in den östlichen Bundesländern. In den Berichten und den Hinweisen auf geplante

neue Studienorte wurde insbesondere deutlich,

- daß eine Orientierung am ermittelten regionalen oder überregionalen Bedarf fehlte,
- daß keine Abstimmung mit benachbarten Hochschulen bezüglich der Fachrichtungen, auch im Hinblick auf vorhandene Kapazitäten stattfand und
- daß die fachwissenschaftlichen Voraussetzungen für berufliche Fachrichtungen problematisch sind.

Die Darstellung der Situation wurde zusammengefaßt und ergänzt durch die beiden Hauptreferate von BERNARD zur „Lehrerbildung für berufliche Schulen in den neuen Bundesländern“ sowie von LIPSMEIER zur „Entwicklung neuer Studiengänge für Lehrer und Lehrerinnen an beruflichen Schulen in den alten Bundesländern“. Es folgte eine eingehende Analyse und ausführliche Diskussion im Plenum sowie in Arbeitsgruppen.

Im Mittelpunkt der Erörterung stand die Neu- und Umgestaltung von Studiengängen für Lehrer und Lehrerinnen an beruflichen Schulen. Die Konferenzteilnehmer mußten feststellen, daß entgegen den Empfehlungen der ersten Konferenz vom 26. Juni 1990 in Berlin²⁸ in den neuen Bundesländern in vielen Fällen die Lehrerbildungsgänge für berufliche Schulen nicht als Diplomstudiengänge eingerichtet werden und daß unnötige inhaltliche Verschiedenheiten aufgrund mangelhafter Abstimmung zwischen den Bundesländern entstehen.

Als Ergebnis der Beratungen wurde am 18. Februar 1992 eine „**Stellungnahme zur Gestaltung von Studiengängen für Lehrer und Lehrerinnen an beruflichen Schulen in den neuen Bundesländern**“ verabschiedet (s. S. 15).

Im abschließenden Vortrag von BONZ zum Thema „Probleme der Ausbildung von Lehrern für berufliche Schulen im vereinten Deutschland“ wurden die Ergebnisse der Konferenz zusammengefaßt.

Schlußbemerkungen

In der Stellungnahme vom 18. Februar 1992 kommt insgesamt die Sorge zum Ausdruck, daß in den neuen Bundesländern bei der Neuplanung und Einrichtung von Studiengängen für Lehrer und Lehrerinnen an beruflichen Schulen oder bei der Umgestaltung von alten Diplomstudiengängen die Erfahrungen aus den alten Bundesländern, die von den Wissenschaftlern aufgearbeitet und in Stellungnahmen oder Empfehlungen komprimiert wurden, außer acht gelassen werden und daß die neuen Studiengänge den Mindeststandards eines am Leitbild des professionellen Lehrers orientierten Studiums nicht genügen können.

Der Aufbau des Dualen Systems der Berufsausbildung in den neuen Bundesländern sowie die Weiterentwicklung des Dualen Systems in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt sind aber auf professionelle Lehrer an beruflichen Schulen angewiesen. Unerlässlich sind Lehrer und Lehrerinnen, die ihre Aufgaben im Bildungssystem in pädagogischer Verantwortung wahrnehmen.

Es genügt nicht, angesichts des Lehrermangels ohne Rücksicht auf pädagogische Vorbildung Lehrpersonal zu rekrutieren, um Unterrichtsausfall an beruflichen Schulen zu minimieren. Unterricht an beruflichen Schulen ist nur verantwortbar, wenn er — orientiert am Gesamtziel der Berufsbildung — als Ergänzung zu betrieblichen Ausbildungs-komponenten begründet und entsprechend gestaltet ist. Dafür genügt eine beruflich-fachliche Qualifikation nicht. Diese ist zwar unerlässlich für Lehrer und Lehrerinnen an beruflichen Schulen, sie reicht aber nicht aus, um über die fachliche Begründung eines Unterrichts hinaus jene spezifischen berufspädagogischen Aufgaben zu erfüllen, für die im Dualen System die schulische Seite zuständig ist und auf die berufs- und wirtschaftspädagogische Studieninhalte vorbereiten. Insofern liegt ein am Leitbild des profes-

sionellen Lehrers orientiertes Studium im Interesse der Berufsbildung insgesamt und nicht nur des beruflichen Schulwesens.

Darüber hinaus müssen Notmaßnahmen zur Rekrutierung von pädagogischen Laien als Lehrer an beruflichen Schulen abgelehnt werden, da so gewonnenes Lehrpersonal dem Anspruch der Lernenden auf angemessene Berufsbildung nicht genügen kann. Außerdem beeinträchtigen solche Maßnahmen die Effizienz des Dualen Systems der Berufsausbildung und ignorieren die essentiellen pädagogischen Aufgaben der Lehrer und Lehrerinnen in beruflichen Schulen.

Neuplanung oder Umstrukturierung von Studiengängen in den neuen Bundesländern haben neue Aspekte und Probleme des Studiums von Lehrern und Lehrerinnen für berufliche Schulen aufgeworfen. Gleichzeitig wurden die negativen Auswirkungen des Lehrermangels auf die Lehrerbildung und die Relevanz des berufs- und wirtschaftspädagogischen Studiums für die Berufsausbildung im Dualen System sowie für die Berufsbildungspolitik deutlich.

Anmerkungen:

¹ Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG): *Berufsbildungsforschung an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland. Situation, Hauptaufgaben, Förderungsbedarf*. Hrsg. von der Senatskommission für Berufsbildungsforschung. Weinheim 1990, S. 2—3

² Zum „Leitbild des Fachmanns“ für Lehrer an beruflichen Schulen

Vgl. Stratmann, K.: *Leitbilder für Lehrer an beruflichen Schulen — Entwicklung und Probleme*. In: Ruhland, H. J.; Niehues, M.; Steffens, H. J.: *Lehrer an beruflichen Schulen*. Krefeld 1982, S. 36—47

Vgl. Bonz, B.: *Leitbilder für Berufsschullehrer und Berufsschulmethodik*. In: Kuhnle, H.; Mayer, R.; Schanz, H. (Hrsg.): *Vierzig Jahre Lehrerbildung für berufliche Schulen an der Berufspädagogischen Hochschule Stuttgart/Esslingen 1947—1987*. Alsbach 1988, S. 281—293

³ Vgl. Stratmann, K.: *Didaktische Implikationen der Neuordnung von Ausbildungsberufen — Anspruch und Probleme im Bereich der neugeordneten industriellen Metall- und Elektroberufe*. In: Arnold, R.; Lipsmeier, A. (Hrsg.): *Betriebspädagogik in nationaler und internationaler Perspektive*. Baden-Baden 1989, S. 211—224;

Vgl. Jost, W.: *Nach der Neuordnung der Ausbildungsberufe eine Neuordnung der Berufsschullehrerausbildung?* In: *Hochschulausbildung* 8 (1990), S. 255—270

Vgl. Bonz, B.: *Berufliche und allgemeine Bildung als didaktisches Problem*. In: Bonz, B. (Hrsg.): *Didaktische Beiträge zur Berufsbildung*. (bzp Bd. 5) 2. Aufl. Stuttgart 1980, S. 125—137

⁴ Czycholl, R.: *Neue Lehr-Lernverfahren im Dualen System — bildungspolitische und pädagogische Implikationen*. In: Twardy, M. (Hrsg.): *Duales System zwischen Tradition und Innovation*. Köln 1991, S. 191

⁵ Vgl. Reetz, L.; Reimann, Th. (Hrsg.): *Schlüsselqualifikationen: Dokumentation des Symposiums in Hamburg „Schlüsselqualifikation — Fachwissen in der Krise?“* Hamburg 1990

Vgl. Wilsdorf, D.: *Schlüsselqualifikationen: Die Entwicklung selbständigen Lernens und Handelns in der gewerblichen Berufsausbildung*. München 1991

⁶ Vgl. Arnold, R.; Hüge, W.: *Berufsrollen und Professionalisierung in der betrieblichen Weiterbildung*. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 21 (1990) 4, S. 10—14

Vgl. Rosa, S.; Schart, D.; Sommer, K.-H. (Hrsg.): *Fachübergreifende Qualifikationen und betriebliche Aus- und Weiterbildung*. Esslingen 1988

Vgl. Bonz, B.; Compter, W.; Kuhnle, H.: *Bildungsbedarf für betriebliches Bildungspersonal*. Villingen-Schwenningen 1990

⁷ Vgl. Weilnböck-Buck, I.: *Zukunftsorientierte Anforderungen an eine arbeitspädagogische Weiterbildung von Ausbildern/-innen in der Industrie*. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 20 (1991) 1, S. 20—26.

⁸ Vgl. Czycholl, R.: *Neue Lehr-Lernverfahren im Dualen System — bildungspolitische und pädagogische Implikationen*. a. a. O., S. 191f und S. 181

⁹ Ebenda, S. 189

¹⁰ Vgl. Kutscha, G.: *Zur Professionalisierung des Berufspädagogen*. In: *Berufsbildende Schule* 41 (1989), S. 762

¹¹ Vgl. Stratmann, K.: *Leitbilder für Lehrer an beruflichen Schulen — Entwicklung und Probleme*. a. a. O.

¹² Kutscha, G.: *Berufs- und wirtschaftspädagogisches Studium als unverzichtbarer Bestandteil der qualifizierten Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen an beruflichen Schulen in Deutschland — Zur Stellungnahme der DGfE — Kommission Berufs- und Wirtschaftspädagogik*. In: *Passe-Tietjen, H. (Hrsg.): Perspektiven für die Aus- und Weiterbildung von Berufspädagogen im vereinten Deutschland: Ergebnisse der Hochschultage Berufliche Bildung '90*. Alsbach/Bergstraße 1991, S. 12.

¹³ Zabeck, J.: *Die Berufs- und Wirtschaftspädagogik als profilbestimmendes Integrationsfach der Handelslehrerbildung*. Vortrag am 8. 2. 1990 an der Universität Hohenheim. In: *Wirtschaft und Erziehung* 43 (1991), S. 3—10

¹⁴ Deutscher Bildungsrat, *Empfehlungen der Bildungskommission: Strukturplan für das Bildungswesen*. Stuttgart 1970, S. 221

¹⁵ 247. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder am 15./16. Februar 1990

¹⁶ Aus der „Stellungnahme zum Studium für Lehrer/Lehrerinnen an beruflichen Schulen“ der Kommission Berufs- und Wirtschaftspädagogik der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. In: *Erziehungswissenschaft* 1 (1990) 2, S. 114—115

¹⁷ Vgl. Bonz, B.: *Der Lehrermangel an beruflichen Schulen und das Studium für Lehrer/Lehrerinnen an beruflichen Schulen in Deutschland*. In: *Berufsbildende Schule* 42 (1990), S. 531–536

Vgl. Bonz, B.: *Das Studium für Lehrer/Lehrerinnen an beruflichen Schulen in Deutschland*. In: *Zeitschrift Berufs- und Wirtschaftspädagogik* 86 (1990), S. 542–546

Vgl. Bonz, B.: *Lehrermangel und die Gestaltung des Studiums für Lehrer und Lehrerinnen an beruflichen Schulen*. In: *Berufsbildende Schule* 42 (1990), S. 664–673

¹⁸ Kutscha, G.: *Berufs- und wirtschaftspädagogisches Studium als unverzichtbarer Bestandteil der qualifizierten Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen an beruflichen Schulen in Deutschland — Zur Stellungnahme der DGfE — Kommission Berufs- und Wirtschaftspädagogik*. In: *Passe-Tietjen, H. (Hrsg.): Perspektiven für die Aus- und Weiterbildung von Berufspädagogen im vereinten Deutschland: Ergebnisse der Hochschultage Berufliche Bildung '90. a. a. O., S. 12*

¹⁹ *Stellungnahme zum Studium für Lehrer/Lehrerinnen an beruflichen Schulen*. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 19 (1990) 6, S. 39

Vgl. Bonz, B.: *Stellungnahme zur Gestaltung des Studiums für Lehrer und Lehrerinnen an beruflichen Schulen*. In: *Zeitschrift Berufs- und Wirtschaftspädagogik* 87 (1991), S. 162–166

²⁰ Ebenda

²¹ *Stellungnahme zur Ausbildung Lehrern und Lehrerinnen für berufliche Schulen*. In: *Festschrift 20 Jahre Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin 1990, S. 208*

²² Vgl. Vogt, H.: *Vorbemerkungen zur Konzeption des Forums. S. 1–3 und die nachfolgenden Beiträge zum Forum in: Passe-Tietjen, H. (Hrsg.): Perspektiven für die Aus- und Weiterbildung von Berufspädagogen im vereinten Deutschland: Ergebnisse der Hochschultage Berufliche Bildung '90*

²³ Vgl. Passe-Tietjen, H. (Hrsg.): *Eckwerte für eine neue Aus- und Weiterbildung betrieblicher Ausbilder. Alsbach 1987*

Vgl. Gerds, P.; Linke, H.; Passe-Tietjen, H. (Hrsg.): *Aus- und Weiterbildung von Berufspädagogen. Alsbach 1989*

²⁴ Vgl. Bonz, B.: *Einführung in das Forum „Studium der Lehrer und Lehrerinnen an beruflichen Schulen“*. In: *Passe-Tietjen, H. a. a. O., S. 5–8*

Vgl. Vogt, H.: *Zusammenfassung des Forums*. In: *ebenda, S. 59*

²⁵ *KMK-Vereinbarung vom 5. 10. 1990 „Gegenseitige Anerkennung von Lehramtsprüfungen und Lehramtsbefähigungen“*. acht SWS (Semesterwochenstunden) für Lehrer an beruflichen Schulen sind sicher indiskutabel, wenn man professionelle Lehrer vor Augen hat, acht SWS sind ein großer Fortschritt, wenn man von Null SWS bei sogenannten Direkteinsteigern ausgeht.

²⁶ *In der ehemaligen DDR gab es elf Fachrichtungen, in denen Berufsschullehrer ausgebildet wurden: Maschinenbau, Elektrotechnik, Bauwesen, Technische Chemie, Lebensmitteltechnologie, Textiltechnik, Datenverarbeitung/Informatik, Tierproduktion, Pflanzenprodukte, Gartenbau, Wirtschaft. Hinzu kam die Fachschullehrerausbildung für Gesundheitswesen (Diplommedizinpädagogie)*.

²⁷ *Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission: Strukturplan für das Bildungswesen. a. a. O.*

²⁸ *Die Stellungnahme ist nebenstehend abgedruckt.*

Stellungnahme zur Gestaltung von Studiengängen für Lehrer und Lehrerinnen an beruflichen Schulen in den neuen Bundesländern

Die Erhaltung und Ausgestaltung einer qualifizierten Ausbildung der Lehrer für berufliche Schulen stellt einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung einer leistungsfähigen und demokratischen Gesellschaft dar. Anknüpfend an die Stellungnahme vom 26. Juni 1990 (Anlage 1) betrachtet die Konferenz zum Studium von Lehrern an beruflichen Schulen im Hinblick auf ihre lehrerbildungspolitischen Ziele die Rahmenbedingungen in den neuen Bundesländern als Chancen, sieht in ihnen aber auch Gefahren. Es gilt, die Erfahrungen aus den einzelnen Hochschulen zu nutzen, die jeweiligen regionalen Besonderheiten zu berücksichtigen und diejenigen übergreifenden Gesichtspunkte zu benennen, die auch bei der durchaus wünschenswerten Vielfalt der Ansätze unerlässlich sind.

Vorrangig bekräftigt die Konferenz das Konzept der **grundständigen Diplomstudiengänge**.

Das bedeutet zum einen die grundständige Organisation der Studiengänge für Lehrer und Lehrerinnen an beruflichen Schulen an Universitäten. Dies muß nochmals betont werden angesichts der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Entwicklung der Fachhochschulen (1991) und angesichts von Entwicklungen in einzelnen Bundesländern, die von anderen Studiengangsmodellen ausgehen (z. B. in den Bereichen Agrar-, Gartenbau-, Forst-, Haushalts- und Ernährungswissenschaften sowie Lebensmitteltechnologie). Grundständige Studiengänge müssen für **alle** beruflichen Fachrichtungen eingerichtet werden — auch für solche, die bisher vernachlässigt wurden (z. B. in den Bereichen Sozialpädagogik und Medizin). Aufgrund knapper Ressourcen müßte durch länderübergreifende Abstimmung eine Konzentration auf wenige Standorte erfolgen, um eine hohe Qualität auch in diesen Studiengängen zu sichern.

Das bedeutet zum anderen einen Studienabschluß mit einer der ersten Staatsprüfung gleichgestellten Diplomprüfung. Damit unverträglich ist aber die Festlegung von Lehramtsstudiengängen mit Staatsprüfung in den neuen Bundesländern.

Die Konferenz bekräftigt darüber hinaus die Postulate,

- daß auf jeden Fall bei der Ausgestaltung der Studiengänge der wissenschaftliche Charakter der Ausbildung in der ersten Phase gewährleistet sein muß,
- daß für die Auswahl der Wahl- oder Zweitfächer in den Studien- und Prüfungsordnungen ein möglichst breiter Katalog zur Verfügung stehen soll, der sowohl Möglichkeiten einer Vertiefung in speziellen beruflichen Fachrichtungen als auch Lehrbefähigungen in Schulfächern eröffnet,

- daß durch eine neue KMK-Vereinbarung mit der beruflichen Fachrichtung affine¹ oder hochaffine² Fächer als zweite Studienfächer anerkannt werden.

- daß die wissenschaftliche Abschlußarbeit allen Prüfungsfächern entnommen werden kann, wobei in diesen ein ausreichendes Studienangebot zu sichern ist und

- daß die Studiengänge auch für außerschulische Tätigkeitsfelder qualifizieren.

Unstreitig bleibt weiterhin

- die hohe Bedeutung eines soliden fachwissenschaftlichen Studiums, dessen curriculare Struktur jedoch an den professionellen Erfordernissen berufspädagogischer Praxis zu orientieren ist,

- die Notwendigkeit eines berufspädagogisch akzentuierten erziehungs- und sozialwissenschaftlichen Studiums, das die für berufspraktisches Handeln notwendige personale und soziale Kompetenz vermittelt, und

- der bedeutende Stellenwert der Fachdidaktik, deren quantitative und qualitative Ausgestaltung im wissenschaftlichen Studium in Abstimmung mit dem Referendariat unverzichtbar ist.

Bei allen diesen Grundsätzen geht die Konferenz selbstverständlich davon aus, daß berufspädagogische Studien die neuen Entwicklungstendenzen in Wirtschaft, Arbeitswelt und Gesellschaft kritisch einbeziehen, denn das Studium der Lehrer und Lehrerinnen ist nicht nur Vorbereitung auf die gegenwärtige Praxis, sondern dient auch der Sicherung und Weiterentwicklung zukünftiger Arbeits- und Lebenschancen.

Hinweis:

Die KMK-Empfehlung vom 5. 10. 1990 reguliert nur die *Mindestnormen zur gegenseitigen Anerkennung* von auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erworbenen Lehramtsprüfungen und Lehramtsbefähigungen.

Für die *Gestaltung von Studiengängen* für Lehrer an beruflichen Schulen gilt nach wie vor die KMK-Empfehlung vom Oktober 1973, deren Aktualisierung noch aussteht.

¹ *Beispielsweise ist Mathematik affin zur beruflichen Fachrichtung Elektrotechnik*

² *Beispielsweise ist Kfz-Technik hochaffin zur beruflichen Fachrichtung Metalltechnik*

Stellungnahme

Der Vorstand der Kommission Berufs- und Wirtschaftspädagogik der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft der BRD und Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates Berufspädagogik beim Ministerium für Bildung der DDR führten am 26. 6. 1990 im Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin-West eine Tagung zum Studium für Lehrer/Lehrerinnen an beruflichen Schulen

in Deutschland durch. Der Tagung lag ein Beschluß der Kommission Berufs- und Wirtschaftspädagogik vor, der am 21. 3. 1990 in Bielefeld einstimmig gefaßt wurde. Standpunkte der teilnehmenden Vertreter der beruflichen Fachrichtungen wurden vorgetragen.

Die Teilnehmer stellten übereinstimmende Auffassungen zu nachstehenden Grundpositionen der Ausbildung fest:

1. Die wissenschaftliche Ausbildung von Lehrern/Lehrerinnen an beruflichen Schulen ist grundständig zu organisieren, d. h., alle Fächer sind im Grund- und Hauptstudium anzubieten. Das schließt die berufs- und wirtschaftspädagogischen sowie unterrichtsmethodischen Studienangebote ein, weil nur so die wissenschaftliche Qualifikation für berufliche Lehr- und Lernprozesse entwickelt werden kann.

2. Studiengänge für Lehrer/Lehrerinnen an beruflichen Schulen sind im Sinne einer zukunftsorientierten Professionalisierung der Ausbildung von Berufspädagogen als Diplomstudiengänge anzubieten. Das wird insbesondere dem akademischen Charakter der Ausbildung in der ersten Phase, der sozialen Stellung der Absolventen wie auch der zunehmenden Wissenschaftsorientiertheit beruflicher Bildungsprozesse sowohl in der schulischen als auch in der betrieblichen Aus- und Weiterbildung gerecht. Der Diplomabschluß ist der ersten Staatsprüfung gleichzustellen.

3. Die Studienangebote sind zu gliedern in
a) Berufs- und Wirtschaftspädagogik sowie studium generale
b) Berufliche Fachrichtung/Fachwissenschaft
c) Wahlpflichtbereich.
Es sollte für den Wahlpflichtbereich ein möglichst breites Fächerspektrum zugelassen werden, wobei die Spezialisierung auf eine jeweilige berufliche Fachrichtung ergänzt werden kann, die über diese spezielle Fachrichtung hinausgehen.

4. Diplomstudiengänge für Lehrer/Lehrerinnen an beruflichen Schulen gliedern sich in ein Grund- und Hauptstudium. Beide Teile werden durch Prüfungen abgeschlossen (Diplomvorprüfung, Diplomprüfung). Das Thema der Diplomarbeit wird in der Regel dem Gebiet der Berufs- und Wirtschaftspädagogik entnommen.

Für die Kommission Berufs- und Wirtschaftspädagogik
Prof. Dr. Bonz (Universität Hohenheim)
Für die Teilnehmer der DDR
Prof. Dr. Bannwitz (Technische Universität Dresden)

Berlin, am 26. 6. 1990

Ausbildung und Erwerbsarbeit von Frauen zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Iris Bednarz-Braun



Dr. phil., Diplomvolkswirtin (sozialwissenschaftliche Richtung), wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugend Institut in der Abteilung Mädchen- und Frauenforschung

Der folgende Beitrag geht der Frage nach, welche Lebensmodelle junge Frauen für sich entwerfen, wie sich ihre Einstellungen zum Beruf und zur Familie verändern und welche Möglichkeiten ihnen der Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt bietet, ihre Lebenskonzepte und -vorstellungen zu realisieren. Es werden Erklärungsansätze für die Entstehungsbedingungen geschlechtsspezifischer Benachteiligungen von Frauen referiert, um vor diesem Erkenntnisstand aktuelle Problemlösungskonzepte zur beruflichen Förderung von Frauen in Ausbildung und Erwerbsarbeit zu diskutieren.

Veränderungen in den Einstellungen Jugendlicher zu Beruf und Familie

Einstellungswandel junger Frauen: Vom Drei-Phasen-Modell zum Konzept der gleichzeitigen Vereinbarkeit von Kindern und Beruf

In den letzten zehn Jahren sind eine Reihe von Studien durchgeführt worden, die sich mit dem Thema Jugend befassen. Dabei wurde unter anderem ermittelt, welche Lebensvorstellungen und Lebensplanungen Mädchen und junge Frauen für sich selbst entwerfen und ob sich in den zukünftigen Perspektiven der nachwachsenden jungen Frau-